

19. Februar 2014

## **Motion Klaus Rüdiger, SVP**

eingereicht am 9. Januar 2014 – Wortlaut siehe Beilage

## **Anzahl Mitglieder Stadtparlament**

Klaus Rüdiger, SVP, hat zusammen mit 9 Mitunterzeichneten eine Motion mit der Überschrift „Für ein effizientes und kostengünstiges Stadtparlament“ eingereicht.

Der Motionär vergleicht in seinem Vorstoss die Parlamentsgrössen von verschiedenen Gemeinden und stellt fest, dass das Wiler Stadtparlament, gemessen am Verhältnis der Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner pro Parlamentssitz, zu den eher grösseren Parlamenten gehört. Würde die Anzahl Mitglieder reduziert, könnte die Parlamentsarbeit zielführender und effizienter erfolgen. Gleichzeitig hätte eine deutliche Reduktion der Anzahl Parlamentsmitglieder auch eine Kostenersparnis zur Folge. Bei einem Parlament mit 21 Mitgliedern sei eine Reduktion der Kosten von rund Fr. 100'000.-- möglich. Die gegenwärtige Erarbeitung der definitiven Gemeindeordnung wäre der richtige Zeitpunkt, um ohne Mehraufwand eine Reduktion der Parlamentsgrösse vorzunehmen.

Der Stadtrat werde daher eingeladen, unter Berücksichtigung der in der Motion erwähnten Argumente, im Zusammenhang mit der Erarbeitung der definitiven Gemeindeordnung, dem Parlament Bericht und Antrag zu unterbreiten, in welchem die Anzahl der Parlamentssitze deutlich reduziert werde.

### Antrag Stadtrat

**Die Motion sei nicht erheblich zu erklären.**

### Begründung

Der Stadtrat will sich einer Diskussion um die Parlamentsgrösse nicht verschliessen. Nach der im Zusammenhang mit der Gemeindevereinigung respektive der Definition der beiden Wahlkreise notwendig gewordenen Vergrösserung des Parlaments muss nun folgerichtig bei der Erarbeitung der neuen, definitiven Gemeindeordnung die Diskussion über die zukünftige Grösse des Parlaments erneut geführt werden. Letztendlich ist aufgrund des Ausgangs dieser Debatte die Anzahl Parlamentsmitglieder in der neuen Gemeindeordnung festzuschreiben.

Wie der Stadtrat in seiner Antwort vom 8. Mai 2013 auf die Anfrage von Kilian Meyer, SP, zum Thema „Partizipative Schaffung der neuen Gemeindeordnung“ festgehalten hat, soll die Erarbeitung der Gemeindeordnung in einem partizipativen Verfahren erfolgen. Der Stadtrat führte damals aus, dass ihm der Einbezug der gesamten

Bevölkerung ein Anliegen ist. Dazu zählt er alle Bevölkerungsgruppen, ungeachtet ihrer Herkunft oder ihres Alters. Folglich sollen auch Wilerinnen und Wiler ohne Stimmrecht Gelegenheit erhalten, im Prozess in geeigneter Form mitzuwirken und sich einbringen zu können.

Die Erheblicherklärung der Motion hätte nun zur Folge, dass bereits zum heutigen Zeitpunkt bezüglich der Grösse des Parlaments eine wegweisende Vorentscheidung gefällt oder zumindest die Richtung definiert und vorgegeben würde. Denn die Motion, auch wenn diese keine bestimmte, nominelle Aussage zur angestrebten Parlamentsgrösse enthält, zielt auf eine „massgebliche Reduktion“ der Anzahl Parlamentsmitglieder hin. Als Vergleichsgrösse wird denn auch die Stadt Chur mit einer Parlamentsgrösse von 21 Mitgliedern erwähnt.

Würde die Motion erheblich erklärt, so hätte dies zur Folge, dass in einem Teilbereich der Erarbeitung der Gemeindeordnung das Resultat bereits massgeblich beeinflusst und so dem partizipativen Prozess entzogen würde. Die Diskussion über die Parlamentsgrösse würde vorgezogen und/oder in zwei unterschiedlichen Prozessen, einerseits in der Beantwortung der Motion und andererseits im Projekt der Erarbeitung der definitiven Gemeindeordnung, geführt. Tatsächlich hat sich der Beirat an seiner ersten Sitzung vom 1. Februar 2014 auch bereits mit der Organisationsform und der Parlamentsgrösse befasst.

Seinen Antrag auf Ablehnung der Erheblichkeit der vorliegenden Motion will der Stadtrat nicht als Verweigerung der Diskussion über die Parlamentsgrösse verstanden wissen. Ebenso wenig spricht sich der Stadtrat damit gegen eine mögliche Reduktion der Anzahl Mitglieder aus, so wenig wie er ein Zeichen für die Beibehaltung oder gar Erhöhung setzen will. Es geht dem Stadtrat ausschliesslich darum, nicht zeitgleich die identische Fragestellung in zwei verschiedenen Prozessen, in zwei unterschiedlichen Organisationen (Motionsbeantwortung im Parlament und Erarbeitung der definitiven Gemeindeordnung in Zusammenarbeit mit dem Beirat) zur Diskussion zu stellen.

Auch wenn der Stadtrat die Diskussion über die Parlamentsgrösse vorab im Zusammenhang mit der Erarbeitung der definitiven Gemeindeordnung und nicht zusätzlich im Rahmen einer parlamentarischen Diskussion über die vorliegende Motion führen will, wird die Frage der Parlamentsgrösse deshalb der parlamentarischen Beratung keineswegs entzogen. Sie findet lediglich „erst“ anlässlich der ganzheitlichen Beratung der neuen, definitiven Gemeindeordnung statt und wird nicht, als Puzzlestein dieser Gemeindeordnung, vorgezogen. Zuvor haben die Parteien zusätzlich die Möglichkeit, sich über ihre Vertretungen im Beirat sowie im vorgesehenen Vernehmlassungsverfahren zur definitiven Gemeindeordnung einzubringen

## **Stadt Wil**

Susanne Hartmann  
Stadtpräsidentin

Christoph Sigrist  
Stadtschreiber